

Erfolg Zapateros oder Danaer-Geschenk?

Die kubanische Regierung lässt einige Politische Gefangene frei

Dr. Stefan Hofmann, Projektassistent KAS-Mexiko
Mexiko-Stadt, 7. Dezember 2004

Die Nachricht der Freilassung von Raúl Rivero, Oscar Espinosa Chepe und weiteren inhaftierten Regimekritikern und Oppositionellen verbreitete sich ähnlich schnell wie wenige Wochen zuvor die des Strauchelns Fidel Castros in Santa Clara. Insgesamt wurden offenbar neun Politische Gefangene, die Opfer der Repressionswelle vom März und April 2003 geworden waren, in den letzten Novembertagen und Anfang Dezember auf freien Fuß gesetzt.¹

Aus der Haft entlassen wurden:

- Raúl Rivero, Lyriker, Journalist und Gründer der unabhängigen Nachrichtenagentur Cuba Press
- Oscar Espinosa Chepe, ein bekannter Ökonom, Journalist und Mitarbeiter der oppositionellen Internet-Zeitschrift Cubanet (www.cubanet.org)
- Margarito Broche, Gründer der "*Asociación Nacional de Balseros 'Paz, Democracia y Libertad'*"² und Mitglied des *Comité Cívico Gestor del Proyecto Varela*³
- Marcelo López, Mitglied und Sprecher der Kubanischen Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung
- Alfredo Felipe Mustafá, Mitglied des *Movimiento Cristiano Liberación*⁴ und des *Comité Cívico Gestor del Proyecto Varela*
- Pedro Argüelles Morán, Journalist und Director der *Cooperativa de Periodistas Independientes (CAPI)*⁵
- José Edel García, unabhängiger Journalist und Direktor der Presseagentur „Mittlerer Norden des Landes“
- Pedro Pacheco Ávila, unabhängiger Journalist
- Jorge Olivera, unabhängiger Journalist.

¹ Information zur Freilassung von Espinosa Chepe, Marcelo López und Margarito Broche u.a. gemäß *Reforma* (Mexiko), 30.11.2004: Libera Cuba a 3 Disidentes, zu Rivero, Alfredo Felipe Mustafá, Pedro Arüelles und Pablo Pacheco vgl. u.a. www.elmundo.es/elmundo/2004/11/29/internacional/1101735832.html, sowie zu José Edel García: <http://www.cubanet.org/CNews/y04/dec04/02o2.htm#Edel> und Jorge Olivera: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/represionencuba/noticias/20041207/4bd59c4f3b57047dd5401640409b64f8.html>

² Nationale Vereinigung der Boots- bzw. Floßflüchtlinge „Frieden, Demokratie und Freiheit“

³ Bürgerkomitee zur Verwaltung des Varela-Projektes

⁴ Christliche Befreiungsbewegung: Organisation Oswaldo Payás, der gleichzeitig führender Verfechter des Varela-Projektes und des Nationalen Dialogs ist. In diesen Initiativen sammelt sich die wichtigste Oppositionsbewegung Kubas, die allein im Varela-Projekt über 25.000 Unterschriften für eine demokratische Öffnung Kubas sammelte.

⁵ Kooperative Unabhängiger Journalisten

Kurz vor den Freilassungen gab es Berichte, dass rund 20 Politische Häftlinge zu medizinischen Untersuchungen aus Provinzgefängnissen nach Havanna gebracht wurden.⁶

Die Schritte der kubanischen Regierung erfolgen kurz nach der von Spanien entfachten Debatte über die Aufhebung diplomatischer Sanktionen der EU, die als Konsequenz der Verhaftungswelle 2003 verhängt wurden. Der Stand der Beziehungen zwischen der EU und Kuba sei „zutiefst unbefriedigend“, hatte Spaniens Regierung als Begründung der Initiative angegeben.⁷ Eines der Kernelemente dieser Sanktionen ist die Einladung Oppositioneller in die Botschaften der EU-Mitgliedsstaaten anlässlich der jeweiligen Nationalfeiertage. Auf diese Maßnahme hatte Kuba mit der Suspendierung hochrangiger Kontakte zu EU-Botschaftsmitgliedern geantwortet. Seitdem herrscht die als „Cocktail-Krieg“ bezeichnete diplomatische Eiszeit zwischen EU und Kuba.

Ungeachtet der Kritik auch vieler kubanischer Oppositioneller gegenüber dem Vorstoß blieb die spanische Regierung unbeirrt. Sie betonte allerdings wiederholt, dass sie in den Beziehungen zu Kuba der Menschenrechtsfrage erste Priorität einräume und nicht aus der Gemeinsamen Position der EU ausscheren wolle.

Mitte November fanden am Rande des Iberoamerikanischen Gipfels in San José/Costa Rica Gespräche zwischen Spaniens Außenminister Miguel Ángel Moratinos und seinem kubanischen Amtskollegen Felipe Pérez Roque, statt, in denen Spanien seine Position erläuterte.⁸ Ende November kündigte Kuba an, es werde die diplomatischen Beziehungen zu Spanien wieder voll, also auch hochrangig, aufnehmen. Wenige Zeit später kamen die ersten Meldungen zur Freilassung der Häftlinge.

Vordergründig ist die – wenn auch sehr begrenzte – politische Lockerung der kubanischen Regierung ein Erfolg der spanischen Regierung. Einer der ersten, die sich öffentlich über die guten Nachrichten gefreut hatten, war entsprechend Spaniens Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero.⁹ Mit ihm begrüßte eine ganze Reihe von Organisationen die Schritte der kubanischen Regierung. Doch gerade aus dem Inneren Kubas, seitens der Opposition, kamen auch die ersten Vorbehalte – nicht von ungefähr. Seit dem Sieg der kubanischen Revolution 1959 hat Castro immer wieder gezeigt, dass seine Politik konsequent einem klaren Machtkalkül folgt. Vorschnelle Hoffnungen auf einen Wandel des Systems scheinen kaum angebracht.

⁶ Vgl. *El País* (Int. Ausgabe) vom 28.11.2004

⁷ Für einen umfassenderen Hintergrund vgl.: Hofmann, Stefan: „Der Herbst des Patriarchen. Aktuelle Kuba-Politik im internationalen Spannungsfeld“; KAS-Auslandsinformationen 11/04; S. 48 ff.

⁸ Vgl.: „Moratinos y Pérez Roque tuvieron una difícil reunión en Costa Rica“, Internet: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/noticias/20041122/a4e350597d2ff6d8d93d16296704c795.html>

⁹ vgl. u.a.: Zapatero celebra la excarcelación de Rivero y dice que 'muchas personas' trabajaron por ella. <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/represionencuba/noticias/20041130/6bca49febd79c59ed54b9088ae79cce.html>.

Tatsächlich scheint Zapatero Castro einen nicht unbedeutenden Gefallen getan zu haben. Bei seinem nicht wirklich „diplomatischen“ Vorstoß versäumte er es, die vorgeblichen Nutznießer seiner Initiative, die interne Opposition, mit ins Boot zu holen. Die nur zögerliche Einladung der kubanischen Oppositionellen zum spanischen Nationalfeiertag „Día de la Hispanidad“ am 12. Oktober 2003 in die Botschaft des Landes und die Worte des neuen spanischen Botschafters auf Kuba, Carlos Alonso Zaldívar, sorgten entsprechend für Verstimmung. In einem kürzlich von der spanischen Tageszeitung „*El País*“ veröffentlichten Interview mit Oswaldo Payá, dem Repräsentanten der heute wichtigsten Oppositionsinitiative Kubas, dem Proyecto Varela, fasste dieser entsprechend klar zusammen: „*Ersatzlösungen* [für die Einladung der Opposition in die EU-Botschaften] zu suchen, verletzt unsere Würde.“¹⁰ Zapatero und sein Außenminister Moratinos scheinen beim ostentativen Bruch mit der kubapolitischen Linie der PP-Vorgängerregierung José María Aznars nicht beachtet zu haben, dass die heutige Opposition Kubas schon morgen die Regierung stellen könnte.

Es kann gegenwärtig nur spekuliert werden, welche Vereinbarungen zwischen Kuba und Spanien hinsichtlich der Menschenrechtsfrage getroffen wurden. Dass es sich um eine umfassende Strategie, also eine mit der kubanischen Opposition abgestimmte Initiative handeln könnte, erscheint fragwürdig. Zu kritisch waren die Erklärungen etwa seitens Oswaldo Payá, der Oppositionellen Marta Beatriz Roque – selbst eine der „75“ und erst seit einigen Wochen aus gesundheitlichen Gründen im Genuss der Haftverschonung – sowie des Sozialdemokraten Vladimiro Roca.

Spaniens Vorstoß scheint also nicht zuletzt innenpolitisch motiviert gewesen zu sein, was mögliche Verabredungen mit Castros Regierung nicht ausschließt. Zwar ist die Frage nach den Menschenrechten, die Spanien immer wieder thematisiert hat, für Castro unangenehm. Zapatero hat Castro aber eine Reihe von Türen aufgestoßen, die ihm verschiedene Schachzüge und die Stärkung der eigenen Position erlauben.¹¹

- 1) Nach der Verschärfung der politischen Gangart der USA gegenüber Kuba als Konsequenz des im Mai vorgelegten Powell-Berichtes kann Castro hinsichtlich der Kuba-Politik nun einen Keil zwischen EU und die USA treiben. Die Reaktion der Bush-Administration ließ nicht auf sich warten. Bush verneinte, dass die Entlassungen Frucht der diplomatischen Offensive Spaniens gewesen sei.¹²
- 2) Die bislang zumindest nach außen im Konsens formulierte Kuba-Politik der EU steht vor einer neuen Herausforderung. Während die Christdemokratie

¹⁰ Vgl. Interview mit Oswaldo Payá in *El País* vom 28.11.2004

¹¹ Vor diesem Effekt warnte auch die IDC (der Christdemokratischen Internationalen) in einer Presseerklärung vom 30. November 2004 zur Freilassung Politischer Gefangener auf Kuba: „The prisoners should not be used in any case as a bargaining counter in any negotiation with dictator Fidel Castro, as this situation could derive in the use of a sinister leaking of liberations as a political weapon to strengthen his own position.“

¹² Vgl.: „Washington niega que las últimas excarcelaciones sean resultado de gestiones españolas“, <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/represionencuba/noticias/20041201/df65bd8bd2b8f2939b4b9de2e85b7258.html>

auf umfassenden Zugeständnissen in der Menschenrechtsfrage beharrt, bevor über den Abbau von Sanktionen verhandelt wird, versucht die sozialistische Regierung Spaniens offenbar, diesen Block in bilateralen Gesprächen mit den Partnerregierungen Stück für Stück aufzulösen. Auch wenn die Entlassungen tröpfchenweise erfolgen, sind sie ein Imagegewinn für Castros Regierung, der es zunehmend erschwert, die Aufmerksamkeit für die rund 300 verbleibenden politischen Gefangenen aufrecht zu erhalten.

- 3) Castro war zuletzt Gefangener seiner eigenen Rhetorik. Zu den „ehernen Gesetzen“ der kubanischen Politik zählt es, nie auf Druck nachzugeben. Das Entgegenkommen Zapateros erlaubt Castro nun eine „großzügige“ Geste, mit der versucht wird, den internationalen Gesichtsverlust, der die Konsequenz der Repressionswelle 2003 war, wieder wettzumachen. Zudem könnten bald auch wieder Euros aus der zurzeit eingefrorenen EU-Entwicklungszusammenarbeit nach Kuba fließen. Da es explizit das Ziel der Bush-Administration ist, den Zufluss von Devisen nach Kuba zu begrenzen, könnte die marode kubanische Wirtschaft wieder eine Quelle harter Währung – nun Euro statt Dollar – öffnen.

Aus der Sicht der Freigelassenen hat nun die zumindest fragwürdige, unilaterale Initiative Spaniens positive Ergebnisse gebracht. Der Wermutstropfen bleibt, dass das schnelle Angebot der kubanischen Regierung zumindest an einige der Freigelassenen das Ziel hat, unbequeme und international bekannte Regimekritiker im Inneren der Insel keine Plattform mehr zu bieten. Raul Rivero wurde umgehend nahegelegt, die Insel zu verlassen.¹³ Nicht umsonst fordern kubanische Menschenrechtsaktivisten „*libertad sin destierro*“ – sinngemäß: „Freiheit ohne Verbannung“. Vorsorglich handelt es sich zudem bei der Freilassung nicht um eine Begnadigung innerhalb des sozialistischen „Rechtssystems“, sondern um eine Haftverschonung, meist aus gesundheitlichen Gründen. Damit hängt die Drohung in der Luft, die jüngst Freigelassenen könnten sofort wieder inhaftiert werden, wenn sie der Regierung unliebsame, sprich: kritische Aktivitäten ergreifen.

Trotz der Entlassungen befinden sich noch rund 300 Politische Häftlinge in Castros Gefängnissen. Die aktuelle Entwicklung ist allenfalls ein erster Schritt. Auch muss beobachtet werden, inwieweit die weiteren Repressionsmaßnahmen gegen die Opposition aufrecht erhalten werden, oder ob sich tatsächlich eine tiefer greifende Öffnung abzeichnet. Diesbezüglich hatten sich zuletzt herausragende Vertreter der Opposition wie etwa Elizardo Sánchez kritisch gezeigt.

Die Frage ist, ob es sich bei den jüngsten Schritten um ein Danaer-Geschenk handelt, das – wie schon zuvor oft praktiziert – dem Regime intern und international Entlastung bringen soll, oder ob es gelingt, Castro zu wirklich umfassenden Zugeständnissen zu bewegen. Ein positives Zeichen ist, dass Ende der vergangenen Woche offenbar weitere Politische Gefangene nach Havanna

¹³ Vgl.: „Cubans tell Rivero to consider leaving“, The Miami Herald, 1.12.2004 (Internetausgabe).

gebracht wurden und weitere Freilassungen nicht auszuschließen sind.¹⁴ Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, nicht nur an die weiterhin Inhaftierten der Gruppe der „75“ zu denken, sondern auch auf der Freilassung der zurzeit rund 300 Politischen Gefangenen und der Gewährung der bürgerlichen Freiheiten auf Kuba zu bestehen. In jedem Falle sollte die EU auf eine einheitliche und kohärente Linie achten, insbesondere am 14. Dezember, wenn die EU-Kommission auf Grundlage des Strategiepapiers, das die Botschafter der EU-Länder auf Kuba erarbeitet haben, über die weitere Gangart Europas entscheidet.

¹⁴ Vgl: “Más disidentes presos trasladados a la capital”, Internet: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/represionencuba/noticias/20041205/95cb55ac1441bca6d8f7ac74f97f8833.html>